

## Archivalien zur Vorgeschichte der ÖMV/OMV: Die Zeit der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV), 1945-1955

Walter M. Iber, Graz

Mit dem Einsetzen der 1950-er Jahre begannen sich in Österreich durch den so genannten „Raab-Kamitz-Kurs“ und das „Wirtschaftswunder“ zunehmend marktwirtschaftliche Strukturen zu etablieren. Parallel dazu existierten im Osten des Landes aber bis August 1955 zentralplanwirtschaftlich organisierte sowjetische Enklaven, die im Wesentlichen durch die Verwaltung des Sowjetischen Vermögens in Österreich (Upravlenie Sovetskim Imuščestvom v Avstrii, kurz USIA) und die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV; heute Österreichische Mineralölverwaltung, OMV) repräsentiert wurden.<sup>1</sup>



**Abb.1.: Relikt aus der Zeit der SMV: Sowjetisches Zugfahrzeug (Stalinez) auf dem Erdölpfad Matzen-Prottes. Foto: Manuela Schwarzl.**

Moskau trachtete 1945 nach Kompensation der der UdSSR durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen ökonomischen Schäden. So geriet auch das von der Roten Armee besetzte Ostösterreich ins Blickfeld der wirtschaftlichen Überlegungen des Kreml: Nach dem „Anschluss“ 1938 und mit dem Anstieg deutscher Besitzanteile hatte die Industrie in der „Ostmark“ eine bedeutende Rolle in der Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ gespielt – die auf Niederösterreich konzentrierten Erdölfelder gehörten 1945 zu den ergiebigsten in ganz Europa. Nach

ihrer umfangreichen, letztlich jedoch wenig profitablen Demontagepolitik, vollzog die Sowjetunion durch die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 einen Strategiewechsel in der wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Westmächte überließen den Sowjets das deutsche Auslandsvermögen in deren Besatzungszonen, wobei eine exakte Definition des Begriffes „Deutsches Eigentum“ unterblieb. Dieses Versäumnis führte in der Folge zu Diskussionen, zumal die Westmächte mit ihrem Zugeständnis auch Eigentumsansprüche britischer und US-amerikanischer Unternehmen desavouiert hatten. Die Probleme zeigten sich vor allem am Beispiel der Ölfirmen in Österreich, wo es konkret um die Frage nach der Gültigkeit des von den Nationalsozialisten 1938 erlassenen „Bitumengesetzes“ ging. Demzufolge musste jeder Erdölbetrieb, der weiterhin in der „Ostmark“ tätig sein wollte, auf seinen Freischürfen innerhalb von 23 Monaten Öl finden. Gelang dies nicht, so hatte das den Verfall der jeweiligen Schürfrechte zur Folge. Damit ließ das Gesetz jenen Ölfirmen, die in Österreich Schürfrechte besaßen, im Grunde zwei Möglichkeiten: entweder die Erschließungsaktivitäten zu erhöhen oder Schürfrechte und entsprechende Eigentumsanteile zu verkaufen – und zwar in den meisten Fällen in deutsche Hände. Genau hier lag das allgemeine Grundproblem im Fragenkomplex rund um das „Deutsche Eigentum“: Hatten auch jene Firmen, die nach 1938 – auf dem österreichischen Erdölsektor eben aufgrund des „Bitumengesetzes“ – in deutschen Besitz übergegangen waren, 1945 als „Deutsches Eigentum“ zu gelten? Diese eigentlich essenzielle Frage blieb in Potsdam unbeantwortet. Vor 1938 hatten westliche Erdölfirmen einen Großteil der Schürfrechte in Österreich gehalten, das „Bitumengesetz“ hatte aber für eine weitgehende „Germanisierung“ gesorgt.

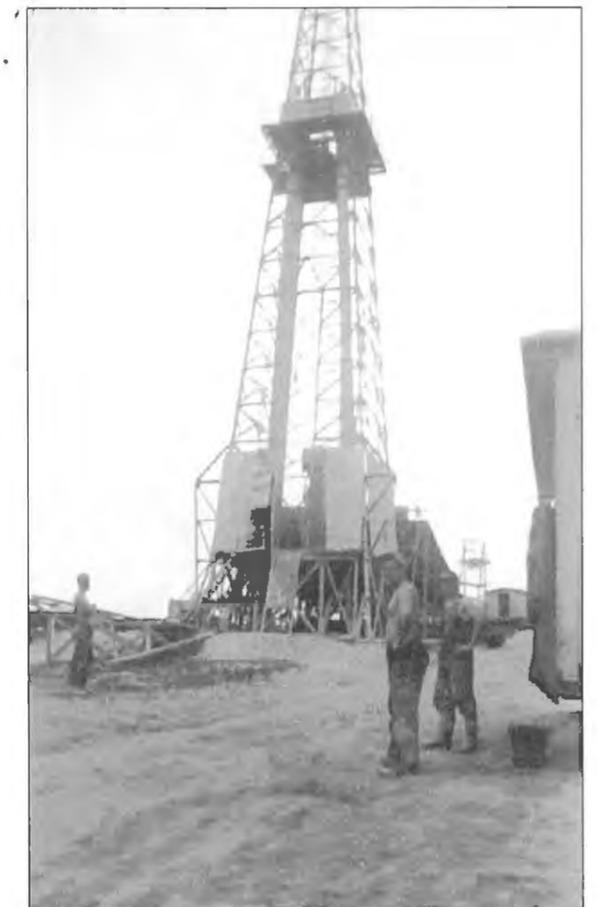
Jedenfalls nutzte die UdSSR den ihr auf diese Weise eingeräumten Spielraum aus, die Folgen für Österreich waren schwerwiegend: Als Verwaltungskörper für das beschlagnahmte „Deutsche Eigentum“ wurden USIA und SMV gegründet, die sich als

quasi-territoriale sowjetische Unternehmen nicht der österreichischen Steuerhoheit unterwarfen. Damit befanden sich etwa 50 Prozent der Industriebetriebe in der sowjetischen Zone (Niederösterreich, Burgenland, Mühlviertel und Teile Wiens) im Besitz der Besatzungsmacht, zwischenzeitlich beschäftigten USIA und SMV gemeinsam rund 59.000 Mitarbeiter. Die planwirtschaftlich geführten Enklaven waren durch ihre Integration in den kommunistischen Wirtschaftsraum der UdSSR und ihrer Satelliten gekennzeichnet, 1955 wurden sie in Folge des Staatsvertrages gegen Ablösezahlungen an Österreich übergeben.

### Die SMV

Nach den Potsdamer Beschlüssen präferierte Moskau zunächst die Gründung einer bilateralen sowjetisch-österreichischen Erdölgesellschaft (Sanafta). Die Verhandlungen mit der provisorischen österreichischen Regierung unter Staatskanzler Renner scheiterten schließlich aber am Widerstand der Westmächte, die die Interessen ihrer eigenen Erdölfirmen im Blick hatten. Die Sowjets beschlossen daraufhin, die österreichischen Erdölvorkommen alleine auszubeuten und gründeten im September 1945 die SMV. Bereits am 2. Oktober verkündete Oberst Konstantin Rjabinin, der erste SMV-Generaldirektor, die Beschlagnahme der „deutschen“ Erdölfirmen in Ostösterreich im Sinne der Potsdamer Beschlüsse. Zum Anfangskapital der SMV gehörten acht Bohr- bzw. Förderbetriebe, drei Erdgasfirmen, zwei Verteiler-Vertriebs-Firmen, fünf Raffinerien und ein Tanklager. Bis zum Sommer 1947 wurde dieser Vermögensstand durch weitere Beschlagnahmen noch ausgedehnt. Das beschlagnahmte Vermögen der „deutschen“ Verteiler-Vertriebsfirmen, darunter 305 Tankstellen, verpachtete die SMV an die im Herbst 1946 gegründete Handels-Aktiengesellschaft für Erdölprodukte russischer und österreichischer Provenienz (OROP), die auf dem Sektor des Mineralölvertriebs in der sowjetischen Besatzungszone eine Monopolstellung inne hatte. Nach der Erschließung weiterer Erdölvorkommen im Wiener Becken („Matzener Sand“ – das damals größte zusammenhängende Erdölfeld Mitteleuropas) im Jahre 1949 wurden so genannte Sowjetische Erdölbetriebe (SEB) gegründet, die ihren Sitz direkt bei den Erdölfeldern hatten. Ehemals „deutsche“ Firmen gingen in den SEB auf bzw. wurden entsprechend umorganisiert, ab 1952 kam

es durch die Installierung von Zweigverwaltungen für Bohrung, Erdölförderung und Erdölverarbeitung zu einer Dezentralisierung der Verwaltung. In den knapp zehn Jahren ihres Bestehens förderte die SMV nahezu 18 Millionen Tonnen Erdöl als Reparationsleistungen. Unter Umgehung von Steuern und Zöllen wurden davon rund zehn Millionen Tonnen in „Ostblock“-Staaten abtransportiert. Weitere Kontingente dienten der Versorgung der USIA-Betriebe. Ein wesentlicher Teil ging schließlich an die OROP, die damit ihre Tankstellen belieferte, aber auch Produkte an westösterreichische Mineralölfirmen verkaufte. Die „Inlandsquote“, d.h. das in Österreich in Umlauf gebrachte Öl, blieb von den Sowjets aber lange Zeit streng limitiert, sodass bis 1950 trotz zusätzlicher Importe der Inlandsbedarf nicht gedeckt werden konnte. Erst nach der Erschließung des Ölfeldes Matzen-Auersthal zeigte sich die SMV freigiebiger und steigerte ihre Liefermengen.



**Abb. 2: SMV-Arbeiter im Erdölgebiet Matzen-Prottes, 1952. Quelle: Archiv Matzen/Fotodokumentation Wagner**

Im Gegensatz zum Erdöl betrachteten die Sowjets das Erdgas – trotz der beachtlichen Vorkommen im Wiener Becken – nicht als unmittelbar zu verwendenden Rohstoff. Die SMV nutzte es zur Energiegewinnung oder für Heizzwecke auf den Ölfeldern, hauptsächlich aber als technisches Hilfsmittel (Gaslift) zur Erdölgewinnung. Die für das Gasliftverfahren nicht benötigten Erdgasmengen – in erster Linie Trockengas, das unter natürlichem Druck anfiel und sich somit für den Ferntransport eignete – gab die SMV zum Verkauf frei. Hauptabnehmer waren die Gas- und E-Werke in der Bundeshauptstadt, aber auch Industriebetriebe im Süden von Wien.

1955 übergab die Sowjetunion schließlich 27 SMV-Betriebe an die Republik Österreich. Die Bundesregierung gliederte den Erdölkomplex der Verstaatlichten Industrie ein, wo man daraus die ÖMV formte, heute als teilprivatisiertes Unternehmen OMV der führende Öl- und Gaskonzern Mitteleuropas.

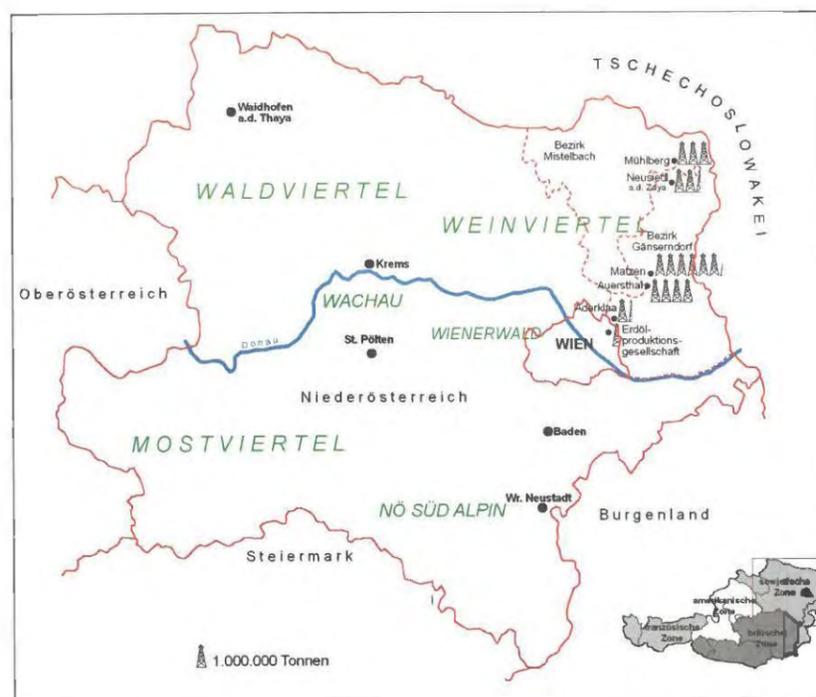


Abb. 3: Erdölfelder der SMV. Grafik: Martin Florian.

#### Forschung und Archivbestände

Über lange Jahre war die Vorgeschichte der ÖMV/OMV ein großes Desiderat der wirtschafts-, aber auch der zeithistorischen Forschung in Österreich. Wissenschaftliche Beiträge, die sich ausschließlich oder hauptsächlich mit dem Unternehmen SMV be-

schäftigten, hatten Seltenheitswert.<sup>2</sup> Wenn, dann wurde die SMV eher gemeinsam mit der USIA behandelt. Ernst Bezemek und Otto Klambauer leisteten auf diesem Gebiet Pionierarbeit.<sup>3</sup> Interessante Kurzdarstellungen lieferten auch Waltraud Brunner<sup>4</sup> und der US-Amerikaner William B. Bader<sup>5</sup>, ohne jedoch die Forschungslücken gänzlich zu schließen.<sup>6</sup> Spannende Einblicke in die Geschichte der SMV liefert auch die 1998 publizierte OMV-Chronik von Friedrich Feichtinger und Hermann Spörker, die jedoch mangels Quellenangaben wissenschaftlichen Standards kaum gerecht wird.<sup>7</sup> Im Jahre 2011 konnte der Verfasser dieses Beitrages schließlich eine Monographie zum Thema veröffentlichen.<sup>8</sup> Sie ist das Resultat mehrerer Forschungsprojekte, die seit 2006 am Grazer Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung durchgeführt wurden. Der Autor konnte sich bei seiner Arbeit auf österreichische und punktuell auf britische und US-amerikanische, vor allem aber auf

russische Quellen stützen. Aufgrund der jahrzehntelangen sowjetischen Archivsperrungen hatten Dokumente aus Moskauer Archiven zuvor keine Berücksichtigung finden können. Besonders aussagekräftig waren hier u.a. die Beschlüsse des Politbüros bzw. des Präsidiums des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Russischen Staatlichen Archiv für Zeitgeschichte (RGANI), die – leider nur punktuell verfügbaren – Unterlagen zur SMV aus dem Russischen Staatlichen Wirtschaftsarchiv (RGAE), aber auch diverse Bestände im Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI). Dramatische Einblicke in die sozialen und politischen Rahmenbedingungen gaben darüber hinaus die Gnadengesuche jener österreichischen Erdölarbeiter, die von sowjetischen Militärtribunalen wegen des Delikts der „Wirtschaftsspionage“ zum Tode verurteilt wurden – die Akten lagern im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF). Auf öster-

reichischer Seite haben sich indessen die Staatsvertragsakten und die Unterlagen zur Verstaatlichten Industrie (bis 1949) im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR) als besonders relevant herausgestellt. In Summe wurden folgende Bestände zur Aufarbeitung der Geschichte der SMV herangezogen:

#### Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii; Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), Moskau

F. 06 V. Molotov  
F. 066 Österreich

#### Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii; Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau

F. 7523 Oberster Sowjet der UdSSR

#### Rossijskoj Gosudarstvennyj Archiv Ekonomiki; Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv (RGAE), Moskau

F. 8625 Ministerium für die Erdölindustrie der südlichen und westlichen Gebiete der UdSSR 1946–1948

#### Rossijskoj Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorii; Russisches Staatliches Archiv für Zeitgeschichte (RGANI), Moskau

F. 3 Beschlüsse des ZK der KPdSU  
F. 5 Apparat des ZK der KPdSU  
F. 5, op. 28 Abteilung für Beziehungen zu ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien des ZK der KPdSU  
F. 5, op. 30 Allgemeine Abteilung des Apparates des ZK der KPdSU

#### Rossijskoj Gosudarstvennyj Archiv Social'no-političeskoj Istorii; Russisches Staatliches Archiv für Politik- und Sozialgeschichte (RGASPI), Moskau

F. 17, op. 116 Beschlüsse des Orgbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU  
F. 17, op. 121 Orgbüro und Sekretariat des ZK der VKP(b)  
F. 17, op. 128 Abteilung für Internationale Information des ZK der VKP(b)  
F. 17, op. 132 Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der VKP(b)  
F. 17, op. 137 Außenpolitische Kommission des ZK der VKP(b)  
F. 17, op. 164 Sitzungsprotokolle des Sekretariats des ZK der VKP(b)  
F. 77, op. 3 Bestand des ZK-Sekretariats der VKP(b) A. A. Ždanov  
F. 82, op. 2 Bestand des Leiters der Außenpolitischen Kommission des ZK der VKP(b) Vjačeslav Molotov, 1949–1953  
F. 644, op. 1 GOKO-Beschlüsse zu Demontagen in Österreich und zur Verbringung in die Sowjetunion

#### Rossijskoj Gosudarstvennyj Vonnij Archiv; Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), Moskau

F. 461 Zivilisten

#### US National Archives and Record Administration (NARA), Washington/College Park, MD

RG 260: Records of US Occupation Headquarters, World War II  
RG 59: General Records of the Department of State, 1756–1999

#### The National Archives (TNA), London/Kew

FO 1020: Allied Commission for Austria (British Element): Headquarters and Regional Files.

#### CIA-Archiv (virtuell)

www.foia.cia.gov FOIA Electronic Reading Room.

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA/AdR), Wien

- BMfHuW: Wirtschaftsabteilung 1946–1948/Sonderreferat Hocke 1949
- BKA: Sekt. IV: Verstaatlichte Unternehmen 1946–1950
- BMFF: Sekt. Vermögenssicherung: Abt. 35, Österreichische Firmen 1951–1978
- BMFF: Sekt. Vermögenssicherung: Staatsvertragsakten
- BMFSV: Sekt. III: Sozialpolitik

Archiv des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung (AdBIK), Graz

- Datenbanken: Zivilverurteilte (DB ZIV)
- Personalakten: Zivilverurteilte in der Sowjetunion (ZIV-SU)

Archiv Matzen

Fotodokumentation Willibald Wagner

Episoden zur Vorgeschichte der ÖMV/OMV: ausgewählte Archivalien

1. Die Ulrik-„Mission“, 1946 (ÖStA/AdR)

Natürlich war die österreichische Regierung nach 1945 bestrebt, möglichst rasch wieder über die Erdölvorkommen in Niederösterreich verfügen zu können. Schon im Verlauf des Jahres 1946 kamen von den Sowjets auch Signale in diese Richtung – man bot den Österreichern erneut die Bildung einer sowjetisch-österreichischen Erdölgesellschaft an. Eine interessante Rolle spielte dabei der österreichische Ingenieur Hans Georg Ulrik, der 1945 von der Obersten Bergbehörde zum öffentlichen Verwalter der Erdölfirmer Deutsche Erdöl AG, ITAG und Elwerath berufen und im Frühjahr 1946 als Angestellter von der SMV übernommen worden war.

Ulrik, der offensichtlich als Mittelsmann der Sowjets agierte, wandte sich in mehreren Schreiben (letztmals am 21. Juni 1946) an Bundeskanzler Leopold Figl und trat dabei für eine Wiederaufnahme der Sanafta-Verhandlungen ein: „Von Seiten des

Generaldirektors der vorgenannten Verwaltung [der SMV, Anm. d. Verf.], Herrn Dr. Rjabinin, wurde mir gegenüber in letzter Zeit wiederholt geäußert, dass die Sowjetunion nach wie vor bereit ist, eine direkte Verständigung mit der österreichischen Regierung über die Frage des Erdöles im Sinne ihrer seinerzeitigen Vorschläge zu versuchen.“ Der Ingenieur vertrat die Meinung, „dass es sich empfehlen würde, [...] möglicherweise doch zu dem Entschlusse zu gelangen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen“.<sup>9</sup> Ulriks Hauptargument lag in folgender Tatsache: Das österreichische Kapital hatte in der Erdölindustrie gegenüber westlichen Konzernen schon vor dem „Anschluss“ eine geringe Rolle gespielt. „Die Herstellung des Zustandes vom 13.3.1938 bedeutet somit für Österreich dauernden Ausschluss aus der heimischen Erdölindustrie“. Deshalb „bedeutet aber auch der russische Vorschlag zur Bildung einer Gesellschaft unter 50 % österr. Beteiligung, sofern die Bedingungen hiefür tragbar sind, einen sehr bedeutenden Schritt zur Verstärkung österreichischer Belange“.<sup>10</sup>

Von österreichischer Seite hatte man sich aber schon spätestens nach den ersten beiden Schreiben Ulriks (vom 30. März bzw. 8 April 1946) festgelegt. Eduard Heigl, Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, wies in einer Analyse für Bundeskanzler Figl auf drei den Anliegen Ulriks zuwiderlaufende Punkte hin:<sup>11</sup>

- Das österreichische Berggesetz von 1854, demzufolge das noch in der Lagerstätte befindliche Erdöl nicht Besitz des Staates, einer Gesellschaft oder Privatperson, folglich auch nicht „Deutsches Eigentum“ sein konnte. „Es entbehrt daher die Mineralölgewinnung durch die ‚Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich‘ [...] jeder rechtlichen Grundlage.“<sup>12</sup>
- Den „unüberbrückbaren Gegensatz“ mit „den an der österreichischen Erdölfrage interessierten Stellen Amerika's [sic], Großbritanniens und anderen Stellen“.
- Die kurzfristig für den österreichischen Staatshaushalt zwar vorteilhaften, auf lange Sicht aber für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgesprochen nachteiligen Auswirkungen bei einer Umsetzung des Projektes.

Heigls Fazit lautete: „Der einzig richtige, die Interessen Österreichs wirklich wahrende Standpunkt dürfte daher sein: ‚Ablehnung jedweder Verhand-

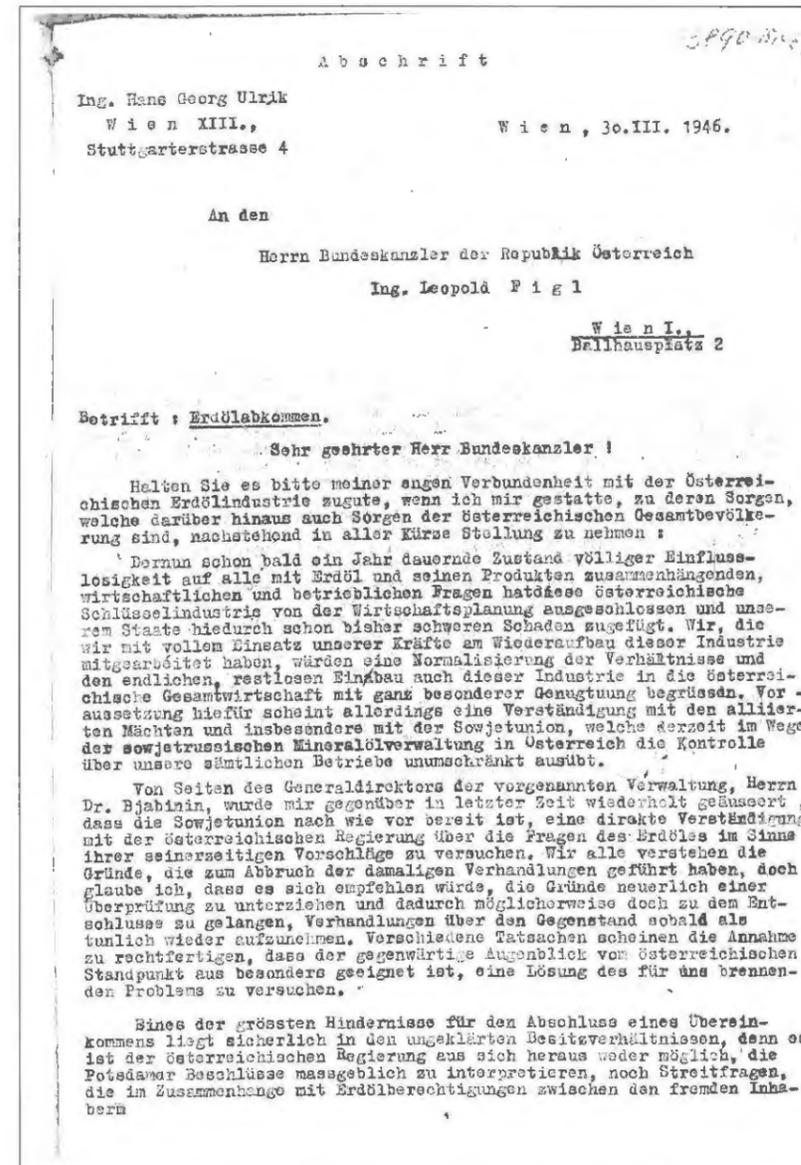


Abb. 4: Schreiben Ulriks an Figl, Auszug. Quelle: ÖStA/AdR.

lung oder Konzession in der Erdölfrage, solange die Besetzung dauert.“<sup>13</sup> Trotz der zunächst klaren Absage erwies man sich von österreichischer Seite in dieser Frage in weiterer Folge als wankelmütig. Eine österreichische Sonderkommission um Julius Raab und Eduard Heigl führte im Spätsommer 1946 doch Verhandlungen über die Gründung einer österreichisch-sowjetischen Erdölgesellschaft,<sup>14</sup> im Herbst 1946 stießen Verhandlungspläne mit den Sowjets schließlich aber wieder auf die Ablehnung der österreichischen Ministerialbürokratie.<sup>15</sup>

Die Sowjets zeigten sich auch weiter verhandlungsbereit, offenbar sogar im Hinblick auf einen möglichen Rückkauf des Erdölkomplexes durch Öster-

reich. Die Ministerialbürokratie wollte diese Gelegenheit nutzen und trat dafür ein, „die Verhandlungen möglichst rasch zu einem Ende zu bringen“. Dies obwohl man annahm, dass „der Grund für die Verhandlungsbereitschaft der Russen [...] abgesehen von allgemeinen, politischen Erwägungen darin zu suchen sein [dürfte], dass infolge des 1 ½ jäh. Raubbaues die Produktion ständig zurückgeht und nur mit sehr erheblichen Neuinvestitionen fortgesetzt werden könnte.“<sup>16</sup> Als Resultat unterbreitete die österreichische Bundesregierung der sowjetischen Besatzungsmacht im Dezember 1946 Rückkaufsvorschläge, wobei sich regierungintern schließlich folgende Variante durchsetzte: Der erste Teil des aus einem zweiteiligen Vertrag bestehenden Angebots bezog sich auf den Erdölkomplex, den man in Valuta auszulösen gedachte. Dieser Vorschlag stieß jedoch – mit der offiziellen Begründung der Ablehnung bilateraler Abmachungen – auf Proteste von Seiten der britischen Besatzungs-

macht und wurde in weiterer Folge auch von den Sowjets verworfen. Ausschlaggebend für diese Reaktionen waren zum einen die wirtschaftlichen Interessen britischer Ölfirmer, andererseits aber natürlich auch das Bestreben der Sowjets, den Zugang zur österreichischen Erdölproduktion doch zu wahren.

Im Jahre 1948 sollte es schließlich ein weiteres Mal zu Geheimverhandlungen zwischen österreichischen und sowjetischen Stellen kommen. Die Sowjets kamen dabei wieder auf ihren ursprünglichen Plan einer bilateralen Erdölgesellschaft zurück – bezeichnender Weise just zu jenem Zeitpunkt, als die SMV erstmals in ernsthaften wirtschaftlichen

Schwierigkeiten steckte, denen erst der Ölfund in Matzen vorübergehend Abhilfe verschaffte.<sup>17</sup>

## 2. Zum Tode verurteilt: Wirtschaftsspion Kurt Zofka, 1950/51 (GARF)

Im Kalten Krieg waren die österreichischen Erdölfelder von besonderer strategischer Bedeutung, lagen sie doch geographisch genau am Schnittpunkt zwischen Ost und West. Als die SMV im Oktober 1945 die Zistersdorfer Ölfelder übernahm, arbeiteten die westlichen Nachrichtennetzwerke daher bald auf vollen Touren: So lieferte beispielsweise ein anonymes „Informant“ den Briten eine detaillierte Namensliste der sowjetischen Kontrolloffiziere auf den Bohrfeldern.<sup>18</sup> Indes zeigten sich die US-Amerikaner im Juni 1946 bereits gut informiert, als sie schätzten, dass in der Region Zistersdorf seit September 1945 monatlich 60.000 bis 70.000 Tonnen Rohöl gefördert worden waren. Die Gesamtförderung bis zum April 1946 schätzte man auf „about 500.000 tons, worth around 200 million schillings“.<sup>19</sup> Und im Juli 1953 bewertete die CIA in einem Memorandum

über die Erdöl-Bewegungen innerhalb des sowjetischen Blocks (Stand 1952) die Bedeutung der SMV-Erdölfelder für den RGW-Raum. Die sowjetische Zone in Österreich war diesem Bericht zufolge nach Rumänien der bedeutendste Mineralölversorger der sowjetischen Satelliten, dabei aber der mit Abstand größte Rohöllieferant.<sup>20</sup> Auch für das Jahr 1953 sah die CIA Ostösterreich als bedeutsamsten Rohölexporteur unter den osteuropäischen Förderländern – die Exporte gingen in die Tschechoslowakei, in die DDR, nach Ungarn und in die UdSSR. Die Menge

der aus Ostösterreich exportierten Derivate (in die CSR, nach Ungarn und nach Polen) rangierte nach den CIA-Angaben hinter jenen aus Rumänien und aus der UdSSR an dritter Stelle.<sup>21</sup>

Von wem aber erhielten die Geheimdienste derart detaillierte Informationen? Zum einen mit Sicherheit von österreichischen Regierungsspitzen, zu denen der Westen bekanntlich gute Kontakte unterhielt. Zudem warben westliche Geheimdienste laufend österreichische SMV-Arbeiter an. Als

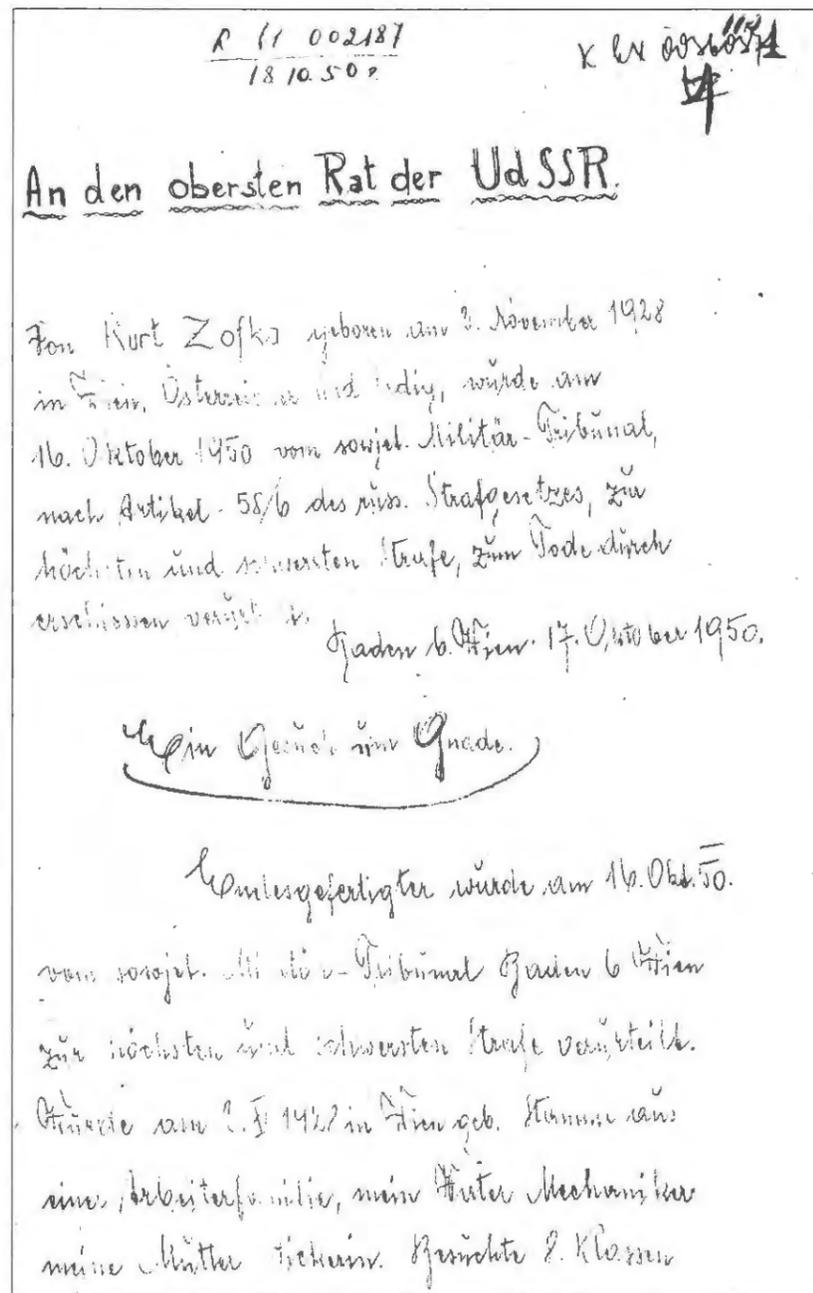


Abb. 5: Gnadengesuch Kurt Zofkas. Quelle: GARF

„Wirtschaftsspione“ hatten sie, direkt oder über Mittelsmänner, Informationen aus den Erdölbetrieben an westliche Geheimdienste weiterzuleiten.<sup>22</sup> Vor dem Hintergrund der Informationsbeschaffung westlicher Geheim- und Nachrichtendienste über sowjetische Wirtschaftsbetriebe in Ostösterreich lassen sich auch die teilweise unter mysteriösen Umständen erfolgten Verschleppungen und Verhaftungen österreichischer SMV-Mitarbeiter sehen.<sup>23</sup> Unter den insgesamt rund 1000 österreichischen Zivilverurteilten fanden sich zumindest 13 „Wirtschaftsspione“, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung bzw. in den Jahren davor in einem SMV-Betrieb oder bei der Vertriebsgesellschaft OROP tätig gewesen waren. Mindestens weitere elf Personen waren zwar nicht bei SMV oder OROP beschäftigt, holten aber in anderen Funktionen Informationen über die Erdölfelder und Raffinerien ein und gaben diese an westliche Nachrichtendienste weiter. Insgesamt drei (ehemalige) SMV-Mitarbeiter wurden wegen Spionage zum Tode verurteilt, unter ihnen Kurt Zofka.

Zofka hatte von Mai bis Dezember 1949 als Wachmann beim Werkschutz<sup>24</sup> in einer SMV-Raffinerie gearbeitet.<sup>25</sup> Seinen eigenen Angaben zufolge gab Zofka aufgrund einer finanziellen Notlage dem amerikanischen Nachrichtendienst (CIC) für eine Gage von 600 Schilling Auskünfte über jene Erdölfirma, in der er beschäftigt gewesen war.<sup>26</sup> Nach zweimonatiger Tätigkeit wurde Zofka wegen eines Einbruchs in der KPÖ-Bezirkszentrale im 10. Wiener Gemeindebezirk von der österreichischen Polizei ausgeforscht, verhaftet und in weiterer Folge den sowjetischen Behörden überstellt.<sup>27</sup> Der sowjetische Spionagevorwurf gegen Zofka lautete: „Nachdem er vom Nachrichtendienst einen Fotoapparat bekommen hatte, reiste Zofka [...] am 27. Dezember 1949 und am 2. Februar 1950 zu benzindestillierenden Raffinerien, wo er 68 Fotos machte, auf denen er die Lage der Raffinerien und der Öltanks, durchführende Eisenbahnschienen und die Standorte der Wachmannschaften der Raffinerien festhielt.“<sup>28</sup> Zofka bekannte sich in allen Anklagepunkten für schuldig. Am 16. Oktober 1950 verurteilte ihn das sowjetische Militärtribunal in Baden zum Tod durch Erschießen. Das Urteil wurde am 9. Jänner 1951 vollstreckt.<sup>29</sup>

In den SMV-Betrieben agierten die Sowjets nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche. Sie boten ihren Beschäftigten eine verhältnismäßig gute Ent-

lohnung und eine solide Ausbildung (hier u.a. durch die Einrichtung von Bohrmeisterschulen), andererseits stellten sie einen gesellschaftlichen Totalanspruch im Sinne des kommunistischen Regimes in Moskau. Wer sich nicht an die Regeln hielt, lief Gefahr, nur allzu rasch in die Mühlen der stalinistischen Justiz zu geraten. Nicht zufällig sind auch Verhaftungen und Verurteilungen wegen „antisowjetischer“ Agitation und wegen „Sabotage“ aktenkundig. Die verhängten Strafen waren, wie auch bei der „Spionage“, drakonisch und standen in keiner Relation zu den zur Last gelegten Delikten.<sup>30</sup>

## 3. Die Kabanov-Kalkulation, 1955 (RGANI)

Nach Stalins Tod begann sich im Spätherbst 1953 eine Tauwetterperiode in der sowjetischen Österreichpolitik abzuzeichnen.<sup>31</sup> Der vorsichtige Kurswechsel fand Niederschlag in einem u. a. vom sowjetischen Hochkommissar Il'icev und dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung Gribanov ausgearbeiteten und Außenminister Molotov übermittelten „Maßnahmenplan zur Österreichfrage“. Darin wurde konstatiert, „dass es uns politisch nützlicher wäre, jetzt zum Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich überzugehen“. Dies allerdings noch unter der Bedingung, „dass unsere Truppen auch künftig bis zum Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland in Ostösterreich bleiben.“<sup>32</sup> Es zeigte sich deutlich, dass der Kreml, stets das Schreckgespenst eines neuerlichen Anschlusses Österreichs an Deutschland vor Augen, zu diesem Zeitpunkt die österreichische Frage im Grunde nur im Zusammenhang mit der deutschen behandelt wissen wollte. Immerhin handelte es sich aber gerade bei dieser Frage um eine Problematik, an der sich die Staatsvertragsverhandlungen noch bis 1955 spießen sollten.<sup>33</sup> Andererseits signalisierte schon der Maßnahmenplan von 1953, dass die Sowjets nach Möglichkeiten zum Spannungsabbau in den Beziehungen zu den Westmächten suchten. In diesem Kontext ging es nicht zuletzt darum, das Image des einzigen „Staatsvertrags-Verweigerers“ unter den Besatzungsmächten abzustreifen.<sup>34</sup>

Die positive politische Signalwirkung spielte bei der sowjetischen Gesamtstrategie im Hinblick auf den Abschluss eines österreichischen Staatsvertrages überhaupt eine tragende Rolle. 1955 setzte der Kreml einen weiteren, entscheidenden Schritt: Mit der Bereitschaft zum Abzug der sowjetischen Be-

satzungstruppen aus Österreich sollte demonstriert werden, dass die UdSSR keinen Dritten Weltkrieg anstrebte, sondern vielmehr zu Konzessionen bereit war, um einen solchen zu verhindern. Der militärische Rückzug wurde den Entscheidungsträgern freilich durch zwei wesentliche Faktoren erleichtert: Erstens erklärte sich Österreich als neutral und sorgte damit gemeinsam mit der Schweiz für eine geographische Spaltung der NATO. Zweitens kam der Rückzug aus Österreich den sowjetischen Handels- und Wirtschaftsexperten gelegen, die im Vorfeld der Moskauer Verhandlungen mit der österreichischen Regierungsdelegation um Julius Raab auch der SMV attestieren mussten, was über die USIA längst bekannt war: Die wirtschaftliche Ausbeutung in Österreich war für die UdSSR nicht mehr einträglich. Jetzt bot sich den Sowjets die Möglichkeit, die heruntergewirtschafteten Betriebe „loszuwerden“ und dabei sogar noch beträchtlichen Profit herauszuschlagen.

So ebnete das „Moskauer Memorandum“ vom 15. April 1955 den Weg zur Unterzeichnung eines österreichischen Staatsvertrages und brachte auch eine endgültige Lösung der Erdölfrage zwischen Österreich und der Sowjetunion. Das gesamte von der UdSSR seit 1945 verwaltete Erdölvermögen sollte an Österreich übergeben werden, und zwar gegen eine Ablöse in der Höhe von einer Millionen Tonnen Rohöl jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren.<sup>35</sup>

Im österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 wurde der Erdölkomplex zunächst mit offizieller Beglaubigung aller Vertragspartner (d. h. auch Österreichs und der Westmächte) pro forma an die Sowjetunion übertragen, um danach im Sinne des Moskauer Memorandums, je-

ner bilateralen Abmachung vom 15. April 1955, gegen eine Ablöse Österreich übergeben zu werden. Dabei musste die Republik Österreich letztlich statt der vereinbarten zehn Millionen nur sechs Millionen Tonnen an die Sowjetunion liefern. Der vermeintliche Verhandlungserfolg der Österreicher in Moskau bzw. der Erfolg Bundeskanzler Raabs bei den Nachverhandlungen in Villach<sup>36</sup> muss aber relativiert werden: Der sowjetische Außenhandelsminister Ivan Kabanov hatte im Vorfeld der Moskauer Verhandlungen intern Erdöl-Ablöselieferungen von 4,1 Millionen Tonnen über die Dauer von sechs Jahren errechnet, eine Kalkulation, die neben SMV und OROP auch bereits die Ablöse für die DDSG<sup>37</sup> beinhaltete.<sup>38</sup> In seinen Anweisungen zu den Gesprä-

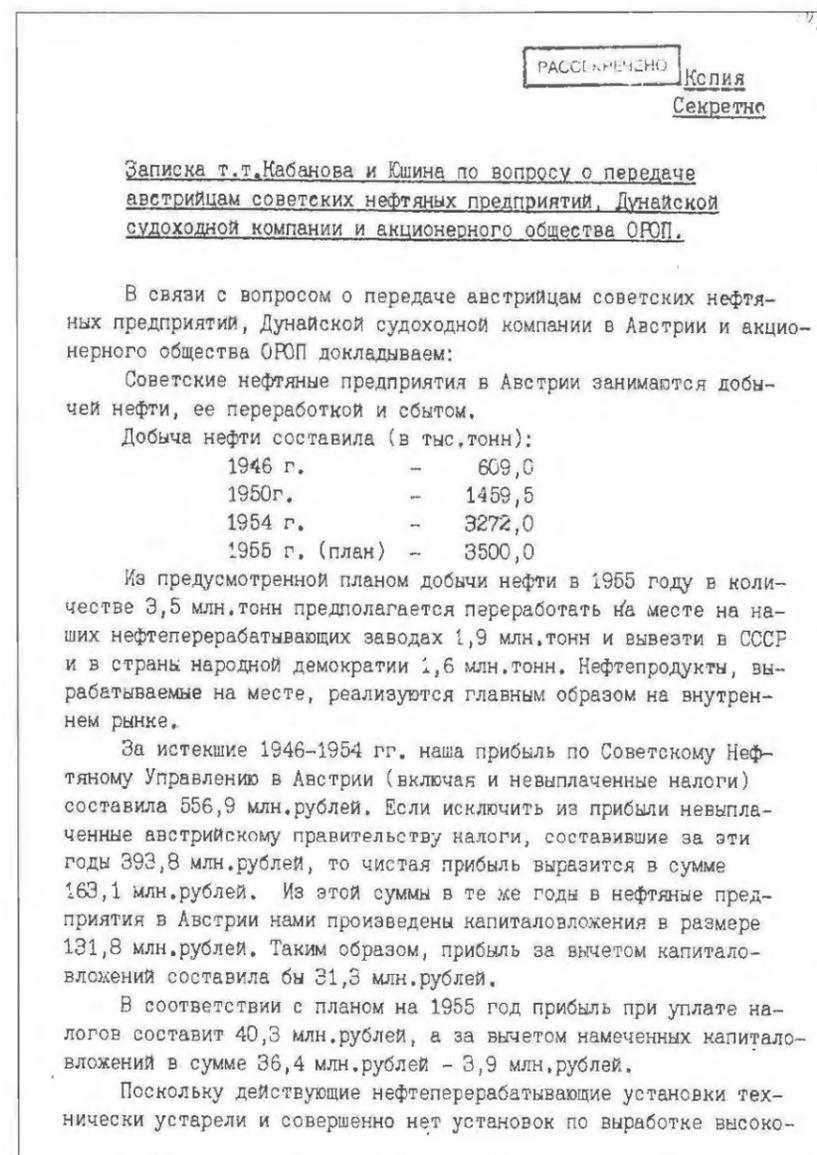


Abb. 6: Auszug aus dem „Kabanov-Papier“. Quelle: RGANI.

chen mit der österreichische Regierung hielt das Präsidium des ZK fest, dass es „als unumgänglich zu betrachten“ sei, „über die Festsetzung der Kompensation im Ausmaß von ungefähr 690.000 Tonnen pro Jahr für die Dauer von sechs Jahren, beginnend mit dem ersten Jahr des Inkrafttretens des Staatsvertrages mit den Österreichern, zu verhandeln“.<sup>39</sup>

Die Ablöse für die USIA-Betriebe stand mit 150 Millionen Dollar bereits seit 1949 fest. Anders verhielt es sich bei der SMV, war bei vorangegangenen Verhandlungen die Möglichkeit einer vollständigen Rückgabe des Erdölkomplexes an Österreich doch gar nicht erst zur Diskussion gestellt worden. Schon am ersten Verhandlungstag in Moskau erlebte die österreichische Delegation in dieser Hinsicht eine Überraschung: Am 12. April ließ Außenminister Molotov erstmals anklingen, dass man von sowjetischer Seite „im Prinzip“ mit einer vollständigen Rückgabe des Erdölkomplexes einverstanden sein könne, und zwar gegen jährliche Rohöl-Ablöselieferungen, wobei der Zeitraum sich über sechs Jahre erstrecken könne.<sup>40</sup> Innerhalb des österreichischen Verhandlungsteams entspannen sich ob der plötzlichen Verhandlungsbereitschaft der Sowjets Meinungsverschiedenheiten zwischen ÖVP-Bundeskanzler Raab und SPÖ-Vizekanzler Schärff. Raab, selbst Wirtschaftstreiber, war der Ansicht, dass die Ölfelder ebenso wie die USIA-Betriebe heruntergewirtschaftet waren – auch am Verhandlungstisch brachte der Bundeskanzler das später gegenüber Mikojan zur Sprache.<sup>41</sup> Auf der anderen Seite argumentierte Schärff, der zweifellos mit einer Verstaatlichung der Erdölindustrie und einem damit verbundenen Machtzuwachs für die SPÖ spekulierte, damit, dass bei einem Verzicht auf den Rückkauf auch nach Unterzeichnung des Staatsvertrages sowjetische Enklaven im Land verblieben. Unabhängig von allen Verstaatlichungshoffnungen war das Argument Schärffs ein schwerwiegendes, worüber sich der Bundeskanzler durchaus bewusst gewesen sein dürfte. Raab entschied daher, bei der Ablösemenge von einem bestimmten Prozentsatz auszugehen – dies in der (richtigen) Annahme, die Förderung würde nach 1955 wieder sinken. Darauf schlug der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Bruno Kreisky, noch vor, den Sowjets „nur das Prinzip anzubieten und Mikojan dann selber sagen zu lassen, was er will“. Der Bundeskanzler lehnte diese Variante jedoch ab.<sup>42</sup>

In der nächsten Verhandlungsrunde wurde den Sowjets also angeboten, sechs Jahre lang 50 Prozent der Förderung des jeweils vorangegangenen Produktionsjahres zu liefern. Die österreichische Delegation stand in der Erdölfrage im Grunde aber in einer Zwickmühle: Man wollte die sich bietende Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern den Abschluss suchen. Andererseits wurden die österreichischen Verhandler vom plötzlichen sowjetischen Schwenk überrascht und waren auf die Ablöseverhandlungen nur unzureichend vorbereitet.<sup>43</sup> Die Sowjets befanden sich verhandlungsstrategisch in allen Belangen im Vorteil.

Die kommenden Verhandlungsrunden standen ganz im Zeichen der skizzierten Konstellation. Dies umso mehr, als den Österreichern in der Erdölfrage mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Handelsminister Mikojan ein gewiefter Verhandlungstaktiker gegenüber saß. Die Sowjets hatten sich in der Erdölfrage bis zu diesem Zeitpunkt sehr zurückgehalten. Mikojan wies lediglich auf die Verdienste der SMV bei der Entwicklung der österreichischen Erdölwirtschaft hin,<sup>44</sup> wartete aber offenbar auf einen konkreten Vorschlag der Österreicher. Als dieser schließlich gemacht wurde, brachte das den Sowjets einen weiteren Vorteil: Die Österreicher gingen mit den 50 Prozent der Förderung des jeweils vorangegangenen Produktionsjahres im Grunde von weit höheren Erdöl-Ablösezahlungen aus, als dies dem tatsächlichen Wert der Erdölbetriebe entsprach. Spätestens jetzt war die Gegenseite darüber im Bilde, dass sich in der Erdölfrage mehr „herauszuschlagen“ ließ, als die von Kabanov errechnete Menge. Mit diesem zusätzlichen Rückenwind wurden die Verhandlungen für die Sowjets zu einem Kinderspiel: Mikojan zeigte sich mit dem österreichischen Vorschlag einverstanden, forderte aber zusätzlich ein garantiertes Lieferminimum auf der Basis der Förderung von 1954 (rund 3,3 Millionen Tonnen).<sup>45</sup> Für Österreich hätte das Erdöllieferungen von mindestens rund zehn Millionen Tonnen bedeutet. Den Versuchen Raabs, die sowjetischen Ablöseforderungen zu drücken, begegnete Mikojan zunächst mit einer nachweislich falschen Prognose, indem er auch für die Zeit nach 1955 von einer stetig steigenden Erdölförderung<sup>46</sup> ausging. Insgesamt veranschlagte der stellvertretende Ministerpräsident den Wert der Erdölbetriebe und -anlagen auf 70 Millionen Dollar – schon damit lag er rund vier Millionen Dollar über der Rechnung

Kabanovs, mit der die Sowjets in die Verhandlungen gegangen waren. Zusätzlich nannte Mikojan auch die verbliebenen Erdölreserven im Wert von „ungefähr 130 Millionen Dollar“ als „Vermögen der Sowjetunion“. Indes stellte Molotov den von den Österreichern so gefürchteten weiteren Verbleib der Sowjets in der österreichischen Erdölindustrie in den Raum, um gleich darauf im Verein mit Mikojan „erleichterte Bedingungen“ anzubieten: Mikojans letztes Angebot lag bei einer Liefermenge von insgesamt 11 Millionen Tonnen.<sup>47</sup> Darauf zog sich die österreichische Delegation zu Beratungen zurück, nach denen sie von sich aus eine Ablösemenge von 10 Millionen Tonnen vorschlug, und zwar innerhalb einer Frist von zehn Jahren. Dies allerdings unter der Bedingung, dass „im Falle eines außergewöhnlichen Versagens der Ölquellen neu verhandelt“ werde. Nachdem Molotov die österreichische Delegation unter der Betonung des ohnehin bereits großen Entgegenkommens der Sowjetunion – immerhin bestehe in ökonomischer Hinsicht „kein Grund, den österreichischen Vorschlag anzunehmen“ – noch zu einem Verzicht auf diese Bedingung bewegen hatte, war die Einigung erzielt. Mikojan schloss die Erdölverhandlungen mit den Worten: „Mein Kompliment. Sie können sehr gut handeln, Herr Bundeskanzler!“<sup>48</sup>

Dabei hatten fraglos die Sowjets einen Verhandlungserfolg erzielt. Selbst die letztendlich tatsächlich zu liefernden sechs Millionen Tonnen (bis 1963/64) übertrafen die von Kabanov errechnete Ablöse um nahezu zwei Millionen Tonnen, ganz zu schweigen von der Ablösesumme, die zusätzlich noch separat für die DDSG zu entrichten war. Man darf dabei freilich nicht außer Acht lassen, dass die österreichische Delegation 1955 mit dem primären Ziel nach Moskau reiste, endlich das Ende der nunmehr zehnjährigen Besatzung zu erwirken. Diesem Ziel ordnete man vieles unter und war daher auch bereit, einen hohen, quasi politischen Preis für die Ablöse der Sowjetbetriebe zu akzeptieren.

#### Schlussbemerkung

Die vorhandenen Quellen erlauben es, die Zeit der SMV im Hinblick auf die Unternehmenshistorie, aber auch auf ihre strategische Bedeutung im Kalten Krieg zu rekonstruieren. Ebenso gewähren sie Einblicke in die soziale Lage der Erdölarbeiter. Zudem mag die Darstellung untermauern, wie bitter die

Präsenz der SMV für das zeitgenössische Österreich war. Immerhin verursachten die sowjetischen Entnahmen aus der Erdölindustrie der Republik einen wirtschaftlichen Schaden von mindestens 8,2 Milliarden Schilling (Preise 1955, einschließlich Demontagen bei Kriegsende und Ablösezahlungen), ganz zu schweigen von den nachhaltigen, durch die SMV verursachten Umweltschäden (Zerstörungen von Äckern und Weingärten), deren Ausmaß sich heute nicht mehr beziffern lässt.<sup>49</sup>

	Mrd. Schilling Preise 1955	Mrd. Dollar Preise 1955
Demontagen	1,7	0,07
„Reparationen“ aus laufender Pro- duktion (Gewinne SMV)	3,8	0,15
Ablösezahlungen Staatsvertrag	2,7	0,10
„Reparationen“ gesamt	8,2	0,32

*Tabelle 1: Reparationsäquivalente Leistungen der österreichischen Erdölwirtschaft an die Sowjetunion, 1945–1963/64. Quelle: Schätzungen des Autors.*

Dennoch ist auch die Kehrseite der Medaille zu berücksichtigen, wenngleich sie im ersten Moment paradox klingen mag: Die SMV legte die Basis für die Erfolgsgeschichte der ÖMV/OMV seit 1956. Wären nämlich die Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Lage gewesen, gegenüber den Sowjets eine Wiederherstellung der Besitzverhältnisse aus der Zwischenkriegszeit durchzusetzen, große Ölkonzerne wie Shell oder Mobil Oil hätten sich in Österreich mit Sicherheit stärker positioniert. Ein österreichisches Unternehmen wäre neben den Ölmultis kaum zur Geltung gekommen.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe hier und zum Folgenden, sofern nicht anders angegeben: Walter M. IBER, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955 (Innsbruck–Wien–Bozen 2011).
- 2 Ausnahme: Ernst BEZEMEK, Die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV). In: Stefan KARNER/Gottfried STANGLER (Hg.), „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955 (Horn–Wien 2005), 188–189.
- 3 Otto KLAMBAUER, Die USIA-Betriebe. Diss. Univ. Wien 1978; Ernst BEZEMEK/Otto KLAMBAUER, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation (Wien 1985); Ernst BEZEMEK, Unter sowjetischer Besatzung. USIA und SMV in Niederösterreich von 1945 bis 1955, in: Magie der Industrie. Leben und Arbeiten im Fabrikszeitalter. Katalog zur Niederösterreichischen Landesausstellung, 29. April bis 29. Oktober 1989 (München 1989), 362–371, S. 362–371; Otto KLAMBAUER, Staat im Staate: Sowjetisches Vermögen in Österreich 1945–1955, in: KARNER/STANGLER (wie Anm. 2), 182–187.
- 4 Waltraud BRUNNER, Das Deutsche Eigentum und das Ringen um den österreichischen Staatsvertrag. Diss. Univ. Wien 1976, 132–137.
- 5 William B. BADER, Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955. Deutsche Übersetzung von Alexandra Stibor-Milovcic [amerikan. Originaltitel: Austria between East and West 1945–1955]. (Wien 2002), 106–109.
- 6 Genauere Aufschlüsse gab lediglich das folgende publizierte Dokument: RGANI, F. 5, op. 28, d. 224, S. 70–78, Bericht des Leiters der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars in Österreich, A. G. Kolobov, über einige Fragen der politischen Arbeit in den Betrieben der USIA und SMV, nicht nach dem 9.6.1954 (geheim), abgedruckt in: Stefan KARNER/Barbara STELZL-MARX/Alexander TSCHUBARJAN (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente (Graz–Wien–München 2005), Dok. Nr. 113, S. 560–571.
- 7 Friedrich FEICHTINGER/Hermann SPÖRGER, ÖMV – OMV. Die Geschichte eines österreichischen Unternehmens. (Horn/Wien 1998).
- 8 Siehe Anm. 1
- 9 ÖStA/AdR, Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau (BMfVuW), Zl. 93.890–15/46, in Bestand: Bundeskanzleramt (BKA), Sekt. IV: Verstaatlichte Unternehmen (VSTU) 1946–1950, Kart. 9, Ulrik an Figl, 30.3.1946 (Abschrift); Zur Ulrik-Initiative siehe auch Hans SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. (Wien 2005), 442.
- 10 Ebd., Hans Georg Ulrik: Gedanken zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Errichtung einer Österr.-russischen Erdölgesellschaft, 8.4.1946.
- 11 Ebd., Heigl an Figl, Mai 1946 [genaues Datum unleserlich]. Die Analyse erging in Abschrift auch an Bundesminister Waldbrunner. Ebd.
- 12 Interessanter Weise scheint dieser rechtliche Standpunkt in weiterer Folge bei den Staatsvertragsverhandlungen keine Rolle mehr gespielt zu haben. Die österreichische Seite trat eher für die Aufrechterhaltung des Bitumengesetzes ein und versuchte auf diese Weise, wie im Grunde auch von Ulrik angestrebt, für den Staat Österreich eine bestmögliche Stellung in der eigenen Erdölwirtschaft zu erringen.
- 13 ÖStA/AdR, BMfVuW, Zl. 93.890–15/46, in Bestand: BKA, Sekt. IV: VSTU 1946–1950, Kart. 9, Heigl an Figl, Mai 1946 [genaues Datum unleserlich]. Die Analyse erging in Abschrift auch an Bundesminister Waldbrunner. Ebd.
- 14 Vgl. SEIDEL, (wie Anm. 9, 442).
- 15 ÖStA/AdR, BMfVuW, Zl. 90.051–15/46, in Bestand: BKA, Sekt. IV: VSTU 1946–1950, Kart. 9, Meldung Kastners an Krauland, 15.10.1946.
- 16 Ebd., Meldung Kastners an Krauland, 28.11.1946.
- 17 ÖStA/AdR, BMfF, Sekt. Vermögenssicherung: Staatsvertragsakten, Kart. 4866, GZ 66/294, Krauland an Gruber (Entwurf), nicht nach dem 23.1.1948.
- 18 TNA, Foreign Office (FO) 1020/3096 (ACA 323/66): Zistersdorfer Oil Concessions. Britische Stadtkommandantur Wien an die British Troops Austria (BTA), Economic Division, nach dem 5.10.1945.
- 19 NARA, Record Group (RG) 260: Office of Military Government, United States. Geheimer Bericht aus den Headquarters United States Forces in Austria, Office of the Deputy Commanding General an den Director, Civil Affairs Division, War Department, Washington, D. C., 26.6.1946, S. 1f.
- 20 CIA/RR IM-375, S. 3. Intelligence Memorandum: Flow of Petroleum in the Soviet Bloc European Satellites, 1952. 13.7.1953, abrufbar unter: www.foia.cia.gov, 15.6.2008, 15:00 Uhr, MS Internet Explorer.
- 21 Provisional Intelligence Report: Soviet Bloc Trade in Petroleum and Petroleum Products: Intra Bloc and East-West 1947–53, 6.4.1955, S. 16f., abrufbar unter: www.foia.cia.gov, 15.6.2008, 17:00 Uhr, MS Internet Explorer. Wenngleich sich die von der CIA vorgenommenen Reihungen als zutreffend erweisen dürften, so sind die damit verbundenen Zahlenangaben doch unpräzise bzw. gehen an der Realität vorbei. Ein Beispiel: Im Memorandum für das Jahr 1952 werden die Exporte insgesamt auf rund 1,6 Millionen Tonnen geschätzt. Intelligence Memorandum: Flow of Petroleum in the Soviet Bloc European Satellites, 1952. CIA/RR IM-375, 13.7.1953, S. 3, abrufbar unter: www.foia.cia.gov, 15.6.2008, 17:30 Uhr, MS Internet Explorer. Diese Zahl erweist sich aber als zu hoch, bedenkt man, dass die österreichische Inlandsquote mit 1 Million Tonnen (tatsächlich belief sie sich 1952 auf rund 1,2 Millionen Tonnen) zu niedrig veranschlagt wird. D. h. bei entsprechender Umverteilung käme man auf einen (realistischen) Export von rund 1,4 Millionen Tonnen.
- 22 Siehe ausführlich Walter M. IBER, Wirtschaftsspionage für den Westen. Erdölarbeiter im Spannungsfeld des Kalten Krieges. In: Stefan KARNER/Barbara STELZL-MARX (Hg.), Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953 (Wien–München 2009), 169–188.
- 23 Siehe dazu: „Drei Erdölfachleute verschwunden“. In: Arbeiter-Zeitung, 12.11.1948, S. 5; „Es ging um eine Erfindung. Die Hintergründe des Verschwindens der drei Erdölfachleute“, In: Arbeiter-Zeitung, 13.11.1948, S. 3; zu Verhaftungen und Verurteilungen durch die sowjetische Besatzungsmacht siehe: Harald KNOLL/Barbara STELZL-MARX, Sowjetische Strafjustiz in Österreich. Verhaftungen und Verurteilungen 1945–1955, in: Stefan KARNER/Barbara STELZL-MARX, Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge (Graz–Wien–München 2005), 275–322.
- 24 Der kommunistische Werkschutz hatte als quasi paramilitärische Organisation die Aufgabe, einerseits Betriebsanlagen und Ölfelder der SMV, andererseits aber auch die nicht der KPÖ angehörigen Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Im Sommer 1955 gehörten dem Werkschutz insgesamt 700 Männer an. IBER (wie Anm. 1), 118f.
- 25 GARF, F. 7523, op. 76, d. 119, S. 107–109, hier: S. 107, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Kurt Zofka, 21.11.1950.

- 26 GARF, F. 7523, op. 76, d. 40, S. 113–115, hier: S. 114, Gnaden- gesuch von Kurt Zofka, 17.10.1950.
- 27 AdBIK, DB ZIV.
- 28 GARF, F. 7523, op. 76, d. 40, S. 107–109, hier: S. 108, Stellung- nahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Kurt Zof- ka, 21.11.1950.
- 29 AdBIK, DB ZIV.
- 30 Siehe ausführlich Walter M. IBER, Von Spionen, Saboteuren und Antisowjetischen Agitatoren. Zur sowjetischen Herrschaftspraxis in den Wirtschaftsenklaven SMV und USIA. In: Helmut KONRAD u.a. (Hg.), Terror und Geschichte (Wien–Köln–Weimar 2012), 139–150.
- 31 Vgl. dazu generell Michail PROZUMENŠČIKOV, Nach Stalins Tod, Sowjetische Österreich-Politik 1953–1955. In: Stefan KARNER/ Barbara STELZL-MARX (wie Anm. 23) 729–753
- 32 AVP RF, F. 06, op. 12a, p. 46, d. 191, S. 9–13, Puškin, Il'ičev und Gribanov an Molotov: Über den Maßnahmenplan zur Öster- reichfrage, 27.11.1953 (streng geheim).
- 33 Gerade Außenminister Molotov verweigerte auch nach 1953 eine getrennte Behandlung der österreichischen von der deut- schen Frage und blockierte so einen Staatsvertragsabschluss, Molotov war zunächst nicht bereit, die politische Position der UdSSR in Österreich aufzugeben, musste sich letztlich jedoch in einem Präsidium-internen Machtkampf Bulganin und Miko- jan, die in dieser Frage zunehmend die Initiative übernahmen, geschlagen geben. Peter RUGGENTHALER, Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945– 1953/55, in: KARNER/STELZL-MARX (wie Anm. 23), 649–726, hier 705.
- 34 AVP RF, F. 06, op. 12a, p. 46, d. 191, S. 9–13, Puškin, Il'ičev und Gribanov an Molotov: Über den Maßnahmenplan zur Öster- reichfrage, 27.11.1953 (streng geheim).
- 35 Vgl. Gerald STOURZH, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost- West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62 ( Graz–Wien–Köln 41998), 439f.
- 36 Im Jahre 1960 erreichte Raab hier in einem persönlichen Ge- spräch mit Chruščev die Reduktion der Ablöseforderungen von zehn auf sechs Millionen Tonnen. Vgl. Herbert GRUBMAYR, 60 Jahre mit den „Russen“. Erinnerungen an meine Zeit als Legati- onsssekretär an der Österreichischen Botschaft in Moskau. In: KARNER/STELZL-MARX (wie Anm. 23), 785–813 hier 794–796.
- 37 Auch das als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmte Vermögen der DDSG (Anlegestellen, Werften, Schleppkähne etc.) gehörte zum sowjetischen Wirtschaftskomplex in Österreich. Im Status einer Sonderkörperschaft war die sowjetische DDSG eng an die USIA gebunden, die Ablösesumme wurde 1955 auf umgerech- net 52 Millionen Schilling festgelegt. IBER (wie Anm. 1), 84–86.
- 38 RGANI, F. 3, op. 8, d. 223, S. 107f., hier: S. 108, Aus den Bei- lagen zur Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 8.4.1955: Bericht von Kabanov und Juchin zur Frage über die Übergabe der SMV, der DDSG und der OROP-Aktiengesell- schaft an die Österreicher. Auf dieses Dokument weist auch Stourzh hin, jedoch vor einem anderen Hintergrund. Das Doku- ment bei Stourzh hat denselben Inhalt, ist aber aus dem AVP-RF, hier auf den 4. April 1955 datiert und an Mikojan und Molotov adressiert. Stourzh arbeitet in erster Linie die Bedeutung des Dokumentes im Hinblick auf die erstmalige Bereitschaft der So- wjets zur Übergabe des Erdölkomplices heraus, geht jedoch nicht weiter auf die hier errechneten Ablösesummen ein. Auch finden sich im AVP RF-Dokument noch keine Hinweise darauf, dass das Gutachten Kabanovs der sowjetischen Delegation tat- sächlich als Grundlage für die Verhandlungen diente. Vgl. STOURZH (wie Anm. 35), 406.

- 39 RGANI, F. 3, op. 10, d. 136, S. 9 u. 36–39, hier: S. 38, Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU (P 115/XXVIII), 8.4.1955, Beilage: Anweisungen zu den Gesprächen mit der Regierung Österreichs.
- 40 Josef SCHÖNER, Niederschrift über die Verhandlungen einer ös- terreichischen Delegation in Moskau im April 1955. Abgedruckt in: STOURZH (wie Anm. 35), 617–666, hier 631.
- 41 Raab zu Mikojan: „Ich weiss, dass so und so viele Bohrtürme trockengelegt sind, weil nichts mehr im Boden drinnen ist.“ Ebd., 652.
- 42 Tagesnotizen Adolf Schärfs, 12. April 1955. Abgedruckt in: Gertrude ENDERLE-BURCEL. (Hg.), Adolf Schärf. Tagebuchnoti- zen des Jahres 1955. Veröffentlichungen der österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 1 (Innsbruck–Wien–Bozen 2008), 103–114, hier 113.
- 43 Zwar existierte ein österreichisches Vorbereitungspapier, das den Wert des Erdölkomplices in Dollar schätzte – 47 Millionen Dollar als vertretbare Ablöse bis (wenn „aus gesamtpolitischen Gründen unbedingt erforderlich“) maximal 70 Millionen Dollar. STOURZH (wie Anm. 35), 431f. Die österreichische Seite war aber allem Anschein nach nicht auf Verhandlungen über eine Natural-Ablöse vorbereitet. Nicht umsonst wollte Raab in den Verhandlungen „eine [Geld-] Summe wissen, die wir leisten können“. SCHÖNER (wie Anm. 40), 651; Auch schlugen Raab und Figl zunächst noch vor, Erdölexperten über den Zustand der Fel- der zu konsultieren. Ebd., 652.
- 44 SCHÖNER (wie Anm. 40), 636.
- 45 Ebd., 651.
- 46 1955 erreichte die Erdölförderung in Österreich mit 3,7 Millio- nen Tonnen ihren historischen Höhepunkt, danach sank sie kon- tinuierlich ab. 1960 betrug die Jahresförderung 2,8 Millionen Tonnen. Fren FÖRSTER (Hg.), Das Buch vom Erdöl. Einführung in die Erdölindustrie (Hamburg 1967), 457.
- 47 SCHÖNER (wie Anm. 40), 663f. u. STOURZH (wie Anm. 35), 439f.
- 48 SCHÖNER (wie in Anm. 40), 664.
- 49 IBER (wie Anm. 1), 69.

Autor:  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Walter Iber  
Karl-Franzens-Universität Graz  
Institut für Wirtschafts-, Sozial- u. Unternehmens- geschichte  
Universitätsstraße 15 Bauteil F/II  
8010 Graz  
E-Mail: walter.iber@uni-graz.at

## Münz- und Bergwesen im Österreichischen Staatsarchiv

Herbert Hutterer, Wien

Die Akten, die sich auf die Verwaltung des Münz- und Bergwesens beziehen, verteilen sich im Öster- reichischen Staatsarchiv (ÖStA) auf vier Archivab- teilungen:

- Archiv der Republik,
- Allgemeines Verwaltungsarchiv,
- Finanz- und Hofkammerarchiv sowie
- Haus-, Hof- und Staatsarchiv,

und darin auf viele Bestände.

Der Grund dafür liegt neben den immer wieder neu geschaffenen Geschäftseinteilungen der Archive in den beiden Hauptfaktoren der Überlieferung: Einer- seits werden durch sie die Aktenproduzenten, also die Behörden mit ihren verschiedenen hierarchi- schen, territorialen und fachlichen Zuständigkeiten, die noch dazu einer zeitlichen Entwicklung unterla- gen, abgebildet, andererseits wurde das Produkt, die Akten, in den letzten Phasen ihres Lebenszyklus, in den Registraturen und Archiven, verschiedenen Umgruppierungen und Ordnungsarbeiten unterwor- fen.

So spiegelt sich heute in den Beständen eine Mi- schung aus provenienzbestimmten und pertinenzbe- stimmten Ordnungen wider, die im Folgenden nach Abteilungen und Bestandsgruppen gegliedert be- schrieben werden sollen.

Eine auch nur kurz gefasste Behördengeschichte würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen und kann daher nicht geleistet werden<sup>1</sup>.

Die umfangreichsten historischen Bestände finden sich im Finanz- und Hofkammerarchiv.

### 1. FHKA (Finanz- und Hofkammerarchiv)

- Niederösterreichisches Münz- und Bergwesen (1524–1750)
- Innerösterreichisches Münz- und Bergwesen (1500–1750)
- Oberösterreichisches Münz- und Bergwesen (1518–1748)

- Ungarisches Münz- und Bergwesen (ca. 1500– 1745)
- Böhmisches Münz- und Bergwesen (seit 1920 im Národní Archiv in Prag)
- Hofkammer in Münz- und Bergwesen (ca 1745– 1848)
- Finanzministerium, Montanabteilung (1848– 1875)

### 2. AVA (Allgemeines Verwaltungsarchiv)

- Ackerbauministerium
- Bergbau 1868–1908
- Montanwesen 1872–1918
- Handelsministerium
- Berghauptmannschaft Wien
- Berghauptmannschaft Klagenfurt

### 3. AdR (Archiv der Republik)

- Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Sektion III/Arb.
- Bundesministeriums für Handel und Verkehr, Sektion II (1925–1930)
- Oberste Bergbehörde (1931–1940)
- Oberbergamt für die Ostmark. Wien (1940–1945)

Zu den einzelnen Beständen:

### Niederösterreichisches Münz- und Bergwesen

(1524–1750)

Dieser Bestand ist ein Selekt der Bestände „Hoffi- nanz Österreich“ und „Niederösterreichische Kam- mer“. In dieser Sonderlegung bereitet sich schon die spätere Abtrennung und Verselbstständigung dieser Agenden in einer eigenen Hofstelle (1745) vor.

Dieses Selekt verfügt über keine eigenen Findmit- tel, seine Akten sind in den Indizes und Protokollen der Herkunftsbestände verzeichnet. Die Akten lie- gen chronologisch geordnet in 43 Faszikeln.